

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
zu einer jeden Woche eine Beilage
Sonntags- und Feiertagsblätter in den Feiertagen.
Abbestellen in der Expedition.
Verlagsstelle: Büdingenstraße 11.

Redaktion, Druck und Verlag von Moritz Wagner
in Firma Schmidt'scher Verlag und Buchdruckerei in Limburg a. d. Rhn.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Abbestellen 2 Mark 70 Pf.
etwa 14 Mark 50 Pf. pro Jahr.
Einzelnummern 20 Pf.
Die Expeditionen werden über den Post-
Konten der 11. und 12. Postämter in
Limburg mit den Briefmarken bezahlt.
Herausgeber Dr. W.

Nummer 289

Limburg, Freitag, den 13. Dezember 1918

81. Jahrgang

Eine Einberufung des Reichstags.

Berlin, 12. Dez. (W.T.B.) Der Präsident des Reichstags hat am 12. Dezember an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet:

An die Herren Reichstagsabgeordneten!

Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Lagern unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl, wie auch zur Beschlussfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstags zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet, weiter zu warten und verpflichtet mich, auch ohne die Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. Js. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstags Gebrauch zu machen.

Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber Bestimmung von Zeit und Ort der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einzuberufenden Sitzung vollständig zu erscheinen.

gez. Friedrich Ebert, Präsident des Reichstags.

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugewandt. Der Herr Rechtsanwalt Lehmann folgendes geantwortet hat:

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlaube ich mir folgendes zu antworten:

Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch den Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennt, zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowie zur Beschlussfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre.

Der Rat der Volksbeauftragten, legte wiederholt dar, daß durch die politische Umwälzung der Bundesrat und der Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben.

Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Die Entente verhandelt mit den Vertretern der Soldatenräte in unsern Häfen.

Berlin, 11. Dez. Gegenüber den verschiedenartigen Pressenatzen, nach denen die zurzeit in den deutschen Häfen anwesenden englischen Kommissionen es ablehnen, mit den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhandeln, dürften nachfolgende Mitteilungen des Vertrauensmannes vom 53er Ausschuss (Zentralrat), von Wichtigkeit sein: Die englische Waffenstillstandskommission hat gestern die hier im Hafen liegenden Kriegsschiffe besichtigt. Größtenteils ist von der interessierten Presse immer wieder behauptet worden, daß die englische Kommission es ablehne, mit den Vertretern der A- und S-Räte zu verhandeln. Bei den früheren Verhandlungen wegen Ablieferung der deutschen Kriegsschiffe ist allerdings eine solche Abordnung an Bord der englischen Schiffe nicht empfangen worden. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß entstellende Berichte über das Wirken der Soldatenräte in die feindliche Presse geraten sind und dort den Eindruck hervorgerufen haben, als herrschten in Deutschland die gleichen Zustände wie in Rußland. Aus dieser so entstandenen Auffassung erfolgte damals die Ablehnung. Tagelang wurden beim Auslaufen der englischen Waffenstillstandskommission in Wilhelmshafen diese von den Offizieren der Nordsee-Station und den Vertretern des Soldatenrats Wilhelmshafen empfangen. Die Vertreter des Soldatenrats trugen die sie kennzeichnende Binde. Die Engländer erhielten auf Befragen Auskunft, daß diese Binde die Vertreter des Soldatenrats kennzeichnen. Die englische Kommission ersuchte dann um einen Sicherungsschein von Seiten des Vollziehungsausschusses des Soldatenrats, der auch erteilt wurde. An der Besichtigung der Schiffe nahmen Vertreter des Soldatenrats teil, ohne daß von den Engländern Einspruch erhoben wurde. Am nächsten Tage ersuchte die Entente-Kommission um einen Sicherungsschein für das ganze Ostpreußen-Gebiet und Ostfriesland, welchem Ersuchen ebenfalls entsprochen worden ist. Gemeinsam mit einem Mitgliede des 21er Rates begab sich dann die Entente-Kommission nach Bremerhaven, wo ebenfalls neben den Offizieren der in Frage kommenden Schiffe Vertreter des dortigen Soldatenrats zur Führung bereit standen. Auch in Bremerhaven ist gegen die Mitwirkung der Abgeordneten des Sol-

datentrats nichts eingewandt worden. Die Besichtigung der Schiffe verlief ohne jeden Zwischenfall völlig planmäßig. Ein Mitglied der Entente-Kommission äußerte sich unsern Vertretern gegenüber, er könne aber die Ruhe, mit der hier alles vorstatten gehe, da man durch die Berichte der Zeitungen bolschewistische Zustände nach russischem Muster vorzufinden glaube.

Was man in allen Teilen des Reiches dringend wünscht.

Berlin, 11. Dez. (W.T.B.) Der Reichsleitung und dem Reichsamt des Innern gehen täglich aus allen Teilen des Reiches und der noch besetzten Gebiete, von größeren und kleineren Körperschaften, von Parteien, von Arbeiter- und Soldatenräten usw. Hunderte von Depeschen zu, mit dem dringenden Wunsch, den Termin für die Nationalversammlung wesentlich früher, spätestens bis Mitte Januar anzulegen. Eine Veröffentlichung der einzelnen Körperschaften würde zu weit führen. Genannt seien hier nur die Deutsche demokratische Partei Württembergs, das Staatsministerium Meiningens, die Lehrerschaft in Götting, die deutsche demokratische Partei in Essen, der Hanjabund usw.

Was eine glatte Lüge ist.

Berlin, 11. Dez. (W.T.B.) Gegenüber der Meinung, daß der Bürgerkrieg Berlin bedrohe und daß das Volk deshalb den Schutz der Alliierten und die Ausdehnung der Besetzung bis Berlin fordere, schreibt der „Berliner Volksanzeiger“: So bellagenswert die inneren Zustände bei uns auch augenblicklich sind, daß das Volk den Schutz durch die Alliierten und die Besetzung Berlins fordert, ist eine glatte Lüge. Rein, die Entente setzt solche Forderungen nur in die Welt, weil sie nach einem Vorwand sucht, größere Gebiete Deutschland zu besetzen als ihr nach dem Waffenstillstandsbedingungen gestattet ist.

Präsident Wilson.

Amsterdam, 11. Dez. (W.T.B.) Einem hiesigen Blatt zufolge schreibt die „Times“: Der Entschluß des Präsidenten Wilson, an der eigentlichen Friedenskonferenz nicht teilzunehmen, ist ein Zeichen von Vorsicht, denn obwohl Wilson in Amerika wie in England der Premierminister in Paris ein Führer ist, so ist er außerhalb Amerikas eine Art republikanischer Königin, ein Symbol von Amerikas Macht und Würde. Symbole aber debattieren nicht in der Öffentlichkeit und man debattiert nicht mit ihnen. Der große Einfluß des Präsidenten wird am besten bei den nichtformellen Beratungen zwischen den Alliierten, die der formellen Konferenz vorausgehen, zur Geltung kommen.

Französische Pressestimmen.

Bern, 11. Dez. Ueber die Vorgänge in Deutschland liegen heute wenig Kommentare vor. Man hält die Lage für sehr unklar. „Journal des Debats“ glaubt, daß der Gewaltstreik der Anhänger Liebknechts gescheitert sei, und daß die Regierung Ebert-Saase aber genügend Truppen verfügt, um die anarchistische Bewegung in Deutschland niederzuhalten.

Bern, 11. Dez. (W.T.B.) Die französische Presse feiert die Kundgebungen der elsaß-lothringischen Bevölkerung, besonders in Straßburg, anlässlich der offiziellen Besinnahme der Provinzen durch die französische Regierung und erklärt: Das geschaffene Disinitium wird durch den jubelnden Empfang der Bevölkerung gerechtfertigt. Jede Volksabstimmung werde damit überflüssig. Der „Temps“ meint: Die Deutschen fordern, das Plebiszit in Anwendung des Solfschen und Scheidemannschen Grundgesetzes: Ketten, was man retten kann. Wir wissen, daß die Volksabstimmung Deutschland die Provinzen niemals wieder zurückgegeben hätte.

Ein Neutraler kennzeichnet die Lage.

Bern, 11. Dez. (W.T.B.) Der Mitarbeiter des „Berner Bund“, der an der Fahrt der Schweizer Journalisten nach den Vereinigten Staaten teilnahm, erklärt in seinem Blatt nachträglich, daß seine Kabelmeldungen über die Rede Wilsons am 27. 9. in der Schweiz nicht angekommen sind. Auffallend sei in diesem Zusammenhang, daß die Havasmeldung gerade diejenigen Stellen der Rede gar nicht erwähnt, die mit Rücksicht auf die Ausgestaltung der künftigen Weltordnung am meisten Interesse haben. Der Mitarbeiter des Bundes führt aus: In aller Geschäftigkeit und Eile ist ganz nach der Art der alten europäischen Geheimdiplomatie von den drei Ententegroßmächten in England konferiert worden. Man hört, daß England und Frankreich bei den kommenden Verhandlungen gemeinsam auftreten werden. Man hört, daß eine dauernde Allianz geschlossen sei. Aus England und Frankreich kommen Äußerungen, die weit mehr auf die Befestigung der Siegerstellung, als auf die Sicherung des Weltfriedens hinauslaufen, und die mit dem Völkerverbund nach dem Wilsonschen Plan oder, um einen anderen wirklich großen Friedenspolitiker zu nennen, Lord Grey, nicht im Einklang stehen. Wilson will abtönen von jeder Politik, die nun schon so oft dazu führte, daß neue Kriege sich an alten Niederlagen entzündeten. Er weiß,

daß die Dauer nicht von dem Maße des Übels abhängt, das der Sieger dem Besiegten zufügt, daß die Kräfte und vor allem die aufrichtige Friedensgesinnung der Völker nicht mehr Bedeutung haben, als in der augenblicklichen Lage, die auszukosten manchmal mehr angenehm als verdienstlich und auf die Dauer rühmlich ist. Zwischen zwei Zeitaltern schwebt und schwankt die Menschheit. Hier die alte Gewohnheit der bewaffneten Selbstversicherung, beruhend auf dem allgemeinen Mißtrauen, das sich nur zuweilen anders gruppiert, dort die Erkenntnis, daß es so nicht weitergeht, daß eine mögliche Verberung nicht auf der Landkarte, sondern in der Politik zu vollziehen ist, wenn es auf die Dauer besser werden soll. Hier militärische, dort mehr psychologische Lösung, hier Machtpolitik, dort Menschlichkeitspolitik mit ihrem für alle gleichgeltenden Gedanken. Gerade diejenigen, die die Gedanken an die europäische Abwehr gegen Amerika denken sollten, sind sicherlich heute zu der Erkenntnis gekommen, daß die wirkliche Gefahr für die „geheiligten Güter Europas“ — in Europa selber zu suchen ist. Das war es immer und namentlich im August 1914.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 13. Dezember 1918.

Die öffentliche Wählerversammlung der deutschen demokratischen Partei am morgigen Samstag abend findet nicht, wie angezeigt, im „Preussischen Hof“ dahier, sondern in der „Alten Post“ statt. Herr Bürgermeister Dr. Luppe aus Frankfurt wird sprechen.

Die Arbeitszeit in den Bädereien und Konditoreien wird durch eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. November neu geregelt und grundlegend geändert. Zunächst wird die Nachtarbeit völlig beseitigt, denn in Zukunft darf in den Bädereien und Konditoreien in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht gearbeitet werden. Um den besonderen örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen zu können, ist vorgesehen, daß die Landesregierungen eine Verschiebung der Lage dieser Arbeitszeit um eine Stunde zulassen können, das heißt die Arbeit schon um 5 Uhr morgens beginnen kann, wenn sie abends zuvor um 9 Uhr abgeschlossen ist. Auch die Sonntagsarbeit wird durch die Verordnung gänzlich beseitigt, nachdem der Vorschlag, für die reinen Konditoreien eine dreistündige Sonntagsarbeit zuzulassen, an dem Widerspruch der Bäder gescheitert ist. Nur das Austragen von leicht verderblichen Waren darf noch während drei Stunden am Sonntag stattfinden. Nähere Bestimmungen darüber werden wohl noch bekannt gegeben werden. Von weitestgehender Bedeutung ist aber die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Bädereien, Konditoreien und ihnen gleichgestellten Betrieben. Zurzeit dürfte diese Neuerung keine Schwierigkeiten machen, da in den Bädereien im allgemeinen wegen der knappen Mehlvorräte mit hart verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wird. Die Herstellung der Backwaren und Konditorwaren für Sonntag und Montag früh wird an den Samstagen erfolgen müssen. Das wird in manchen Betrieben nur möglich sein, durch Einstellung von Hilfspersonal, sogenannten Tagesbädern. Jedenfalls werden die Bäckermeister gut tun, schon bald sich auf die neue Ordnung einzurichten, da die Bestimmungen am 15. Dezember d. Js. in Wirkung treten. Sie gelten auch für die Bädereien und Konditoreien von Konsum- und anderen Vereinen.

Winter, 12. Dez. Dem Ers.-Ref. August Huber von hier wurde das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen. Der selbe ist zurzeit vermisst.

Wiesbaden, 12. Dez. (W.T.B.) Die Quartiermacher der französischen Besatzungsarmee ist heute nachmittag hier eingetroffen. Der Einzug der Besatzung ist morgen zu erwarten.

Koblenz, 12. Dez. Mit klingendem Spiel rückte heute die erste amerikanische Division auf dem Durchmarsch auf die rechte Rheinseite in Koblenz ein, wo sie Quartier bezog. Andere Divisionen folgen in den nächsten Tagen nach.

Frankfurt, 12. Dez. Der Oberpostdirektor Lauenstein, langjähriger Leiter der Oberpostdirektion Frankfurt (Main) ist 71 Jahre alt, gestorben.

FC. vom Rhein, 12. Dez. Bei einer Hunsfuchung erschoss in Nienid der Jagdausscher Köhler den erst vor einigen Tagen vom Heeresdienst entlassenen Tagelöhner Heinrich Hofmann aus Rotweh. Hofmann stand im Verdacht des Wilderns.

FC. El. Goarshausen, 12. Dez. Der kürzlich aus dem Felde zurückgekehrte August Dauer in Vogel getiet beim Treiben derart in die Drehschnecke, daß er nach Wiesbaden ins Krankenhaus geschafft und ihm dort ein Bein amputiert werden mußte.

FC. aus der Pfalz, 11. Dez. In dem Orte Lueichheim warf ein zwölfjähriger Schüler einen Feuerwerkskörper unter ein fahrendes Auto mit französischem Militär. Durch die Explosion desselben entstand an dem Auto ein Schaden. Infolge dieses Vorfalls wurde der Gemeindevorstand eine Geldbuße auferlegt, zu der jede Familie herangezogen wird. Die ganze Gemeinde muß unter einem solchen Lausbubenleid leiden.

Adm., 12. Dez. Die heute nachmittag abgehaltene Zusammenkunft zwischen der englischen Zensurbehörde und den

Verlegern der Kölner Blätter ergab, daß die Kölner Zeitungen in der bisherigen Weise weiter erscheinen können. Für den Inhalt wird der Chefredakteur verantwortlich gemacht.

Berlin, 12. Dez. (W.Z.B.) Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir: Etwa 1000 junge Männer, Söhne von alt-deutschen Eltern, sind aus Strassburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

Berlin, 11. Dez. (W.Z.B.) Unbeschadet der von der Reichsregierung geplanten weitergehenden Einschränkung von Zwangsvollstreckungen gegen Kriegsteilnehmer hat der Justizminister Dr. Rosenfeld mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot für Preußen angeordnet, daß die Gerichts-vollzieher vor der zwangsweisen Räumung von Wohnungen ohne Unterschied, ob es sich um Kriegsteilnehmer handelt oder nicht, in allen Fällen, in denen Obdachlosigkeit der aus der Wohnung zu entfernenden Personen zu befürchten ist, die anderweitige Unterbringungen dieser Personen bei der Orts-polizeibehörde zu vermitteln haben.

Saag, 11. Dez. (W.Z.B.) Wie „Het Vaderland“ meldet, ist die frühere deutsche Kaiserin in Amerongen an einem Herzleiden sehr ernstlich erkrankt. Ein Ber-liner Arzt wurde telegraphisch nach Amerongen gerufen.

Israelitische Gottesdienste.

Freitag abend 3 Uhr 55. Samstag morgen 8 Uhr 30.
Samstag nachm. 3 Uhr 30. Sabbat-Ausgang 5 Uhr 15.

Amtlicher Teil.

(Nr. 289 vom 13. Dezember 1918).

Bekanntmachung

betreffend zeitliche Begrenzung der Haus-schlachtungen und Ablieferung der Schweine.

Die diesjährige Kartoffelernte entspricht in Menge und Güte nicht den Erwartungen. Das Verfügen von Speise-kartoffeln muß unter allen Umständen verhindert werden, wenn nicht in kurzer Zeit ein Zusammenbruch in der Ver-sorgung der großen Städte mit Kartoffeln erfolgen soll. Es ist ferner zur Weiterführung der Getreide- und Broter-zugung dringend erforderlich, daß die bestehenden Verfü-tungsverbote streng durchgeführt werden. Nur durch eine erhebliche Verminderung des bereits wieder stark gestiegenen Schweinebestandes wird die Verfassung unerlaubter Verfü-tung von Getreide- und Speisekartoffeln auf ein für die Aufrechterhaltung der Volksernährung erträgliches Maß her-abgemindert werden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände wird auf Anordnung des Herrn Staatssekretärs des Reichsernäh-rungsamtes auf Grund der Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs und den Handel mit Schweinen vom 21. August 1916 in der Fassung vom 19. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 949) für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden die nachfolgende Anordnung erlassen.

Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß diese Anordnung

eine nicht geringe Einschränkung bedeutet, so wolle doch die ländliche Bevölkerung dessen eingedenk sein, daß ihr die Sicherstellung des Fleisch- und Fettbedarfs doch für einen längeren Zeitraum zukommt, während die gesamte nicht durch Haus-schlachtungen versorgte Bevölkerung hierin weit schlechter gestellt ist.

§ 1. Sämtliche Schweinehaus-schlachtungen müssen bis spä-estens 31. Dezember 1918 durchgeführt sein.

§ 2. Kurzfristige Ausnahmen dürfen von den Kommu-nalverbänden nur in Einzelfällen gewährt werden, wenn be-sondere Umstände sie rechtfertigen. Fehlende Schlachtreife eines Haus-haltungsschweines ist allein kein Grund zur Aus-nahmewilligung. Eine solche darf vielmehr in jenem Falle nur dann gewährt werden, wenn die Möglichkeit der Weiter-fütterung mit erlaubten Futtermitteln nachgewiesen ist.

§ 3. Die durch Verordnung vom 19. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 949) vorgesehene Spedablieferung aus Haus-schlachtungen bleibt unverändert bestehen und ist bei dem großen Fettmangel der Städte auch restlos durchzuführen.

§ 4. Angebotene Haltungsvertrags-schweine, für welche die Ablieferungsfrist bis zum 31. März 1919 verlängert worden ist, werden von den Kreisamtsstellen des Vieh-handelsverbandes auch vor dem 31. März 1919 abgenommen, selbst wenn das vereinbarte Gewicht nicht erreicht ist. Eine Verlängerung des Ablieferungszeitraumes über den 31. März 1919 kann nicht bewilligt werden.

§ 5. Alle nach dem 1. Januar 1919 noch ohne Aus-nahmewilligung vorhandenen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von Zucht-schweinen, auf deren Haltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und abgesehen von noch nicht abge-nommenen Vertrags-schweinen sofort zur Erfüllung der Schlachtobhut-lage heranzuziehen.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt sofort mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Frankfurt a. M., den 7. Dezember 1918.

Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

B. V. 4651.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich um sofortige ortsübliche Bekanntmachung.

Limburg, den 12. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Betr.: Festsetzung von Erzeuger-, Großhandels- und Klein-handels-höchstpreisen für den Bundesstaat Hessen und den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Bekanntmachung.

Die nachstehenden Erzeuger- und Kleinhandels-höchstpreise bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Sie treten drei Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Mit ihrem Inkrafttreten wird unsere Bekanntmachung obigen Betreffs vom 13. September l. Js. aufgehoben:

Gemüseorte:	Erzeugerhöchstpr. pro Zentner	Kleinhandelshöchstpr. pro Pfund
Weißkohl	4,75 M.	11 Pfg.
Rotkohl	8,50 M.	16 Pfg.
Wirsingkohl	8,— M.	17 Pfg.
Grünkohl	8,— M.	16 Pfg.

rote Speisemöhren und längliche Karotten	6,50 M.	15 Pfg.
Gelbe Speisemöhren	4,75 M.	10 Pfg.
kleine runde Karotten	12,— M.	20 Pfg.
Zwiebeln	15,50 M.	32 Pfg.
rote Beete	7,— M.	15 Pfg.
Spinat	25,— M.	35 Pfg.
Gelbe Kohlräben	2,25 M.	7 Pfg.
Weißer Kohlräben	1,75 M.	6 Pfg.
Weißer Rüben	1,50 M.	5 Pfg.
Mairüben	5,— M.	10 Pfg.
Feidjalat (Freilandjalat)	80,— M.	100 Pfg.
Sellerie ohne Kraut (wurzel- und erdfrei)	40,— M.	60 Pfg.
Sellerie mit Kraut (wurzel- und erdfrei)	30,— M.	50 Pfg.
Rauch	40,— M.	60 Pfg.

Die Kommunalverbände können für ihre Gebiete für vorstehende Gemüsearten Großhandelspreise festsetzen, die in einem entsprechenden Verhältnis zu den Kleinhandelspreisen stehen müssen.

Sat der Anbauer besondere Aufwendungen an Arbeit oder an Kosten für die Aufbewahrung gehabt, (einmieten, eintellern und vergleichen), so erhält er eine weitere beson-dere Vergütung, und zwar bei Weißkohl, Rotkohl und Wirsingkohl bis zum 31. Dezember l. Js. von 1,— M. je Zentner, bei roten Speisemöhren und länglichen Karotten, gelben Speisemöhren, kleinen runden Karotten und bei roten Beeten von 75 Pfg. je Zentner.

Überschreitungen vorstehender Höchstpreise werden nach der Bundesratsverordnung vom 8. Mai l. Js. gegen Preis-treiber (Reichs-Gesetzbl. S. 395) mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Mainz, den 26. November 1918.

Bezirksfleischstelle. Verwaltungsabteilung.

Der Vorsitzende.

Werner, Regierungsrat.

Wiesbaden, 26. November 1918.

Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Reg. Bezirk Wiesbaden.

Der Vorsitzende.

Drooge, Geheimer Regierungsrat.

Nach Mitteilung der Bezirksstelle für Gemüse und Obst in Frankfurt a. M. ist die Zahlung der Anfuhrprämie für Runkelrüben (50 Pfg. je Zentner) mit Ablauf des 30. No-vember d. Js. einzustellen.

Der Preis für Runkelrüben für Dezember stellt sich daher wie folgt:

Grundpreis	1,50 M. je Ztr.
Aufbewahrungsprämie für November	0,25 M. je Ztr.
Aufbewahrungsprämie für Dezember	0,25 M. j. Ztr.

2,00 M. je Ztr.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich um sofortige orts-übliche Bekanntmachung.

Limburg, den 6. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teil-nahme beim jähren Hinscheiden unseres teu-ren, unvergesslichen Entschlafenen sagen wir innigen Dank.

8/289

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

i. d. N.:

Frau Helene Schäfer geb. Hoppner.

Limburg, den 12. Dezember 1918.

Kohlenversorgung.

Wenn die Zufuhr von Kohlen weiter so beschränkt bleibt, können Bezugs-scheine für Küchenkohlen in diesem Monat nicht mehr bezogen werden.

Wer mit der für Monat Dezember bereits zugeteilten Menge nicht auskommt, kann einen Bezugs-schein für 2 Zent-ner Gas-kohle haben. Auf diesen Schein, der durch Ab-schneiden eines Stcks kenntlich gemacht ist, darf nur Gas-kohle abgegeben werden.

Limburg, den 12. Dezember 1918.

11/289

Die Ortskohlenstelle.

Bekanntmachung.

In Runkel werden am Montag den 16. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr

eine Anzahl tadellose Dienstpferde

öffentlich meistbietend versteigert.

10/289

Um Bekanntgabe wird gebeten.

Garnisonkommando Limburg.

Gaben zur Weihnachtsbescherung armer Gemeindeglieder

erbittet der Vorstand der „Frauenhilfe des Evang. Kirchlichen Hilfsvereins“.

5/289

Obernass, Dekan.

Schulranzen und Hosenträger

in guter Ausführung.

Limburg, Gebr. Reuss, Bahnhofstr.

Aus dem Felde zurück.

Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Rechtsanwalt Dr. Kanter.

Limburg a. d. Lahn, Obere Schiede 19.

4/288

APOLLO-THEATER.

Samstag, d. 14. u. Montag, d. 15. von 7 Uhr,
Sonntag, den 15. 12. von 6 Uhr:

Das verwunschene Schloss.

Ein Märchen in 4 Teilen mit

Hella Moja.

Einlage.

4/289

Es wird gebeten das Geld abgezählt bereit zu haben.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

Gerben, Färben und Verarbeiten

von

Rauin, Hasen-, Rachen-, Fuchs-, Alts-, Warden-sellen usw. wird schnellstens, billig und reell ausgeführt.

Joh. Wagner, Kürschnermeister, Bildhofsplatz 5,

gegenüber der Stadtkirche.

2/289

Neues Sauerkraut

das Pfd. 80 Pfg.

bietet an 8/288

Karl Kessler,
Limburg, Frankfurterstraße.

Fuhrmann

11/289

Theodor Oehl,

Limburg.

5 Hühner, 1 Hahn-
korb u. 55 neue Bohnen-
rangen zu verkaufen.
3/289 Dauborn,
Grabenstr. 5.

Fleißiges Mädchen

vom Lande, das alle Feld- u.
Hausarbeiten versteht, d. gutem
Lohn auf bald g e s i c h t.

Wo, sagt die Exp. d. Bl. 2/285

Schöne Weihnachts-
bäume eingetroffen. 2/287

M. Thal, Weierheidestr. 19.

Aula des Gymnasiums

Montag, den 16. Dezember abends 8 Uhr

II. Künstler-Konzert

Anne Klee-Eck (Sopran)

Heinr. Kühlborn (Tenor)

Otto Schmidt (Klavier)

Liedergruppen für Tenor von Schumann, Hugo Wolf,
Rich. Strauß, für Sopran von Franz Schubert, Joh. Brahms.
Klavier-Vortrag Rondo in G. v. Beethoven.

Karten zu M. 3.—, 2.— bei H. A. Herz, Obere Grabenstr.

4. Komp. „Heimatschub“.

Heute, Freitag den 13. Dezember, 8 1/2 Uhr
abends Versammlung im „Hosened“, Pilske.

1. Verschiedene wichtige Mitteilungen.

2. Instruktion über Gewehr 98.

Der Komp.-Führer:
gez. K. Pfeiffer.

6/289